

Niederschrift
über die
Sitzung des Regionalrates
am 22. Juni 2006
in Witten

Beginn: 09.30 Uhr
Ende: 12.30 Uhr
Anwesende: siehe Anwesenheitsliste (Anlage I)

Tagesordnung für die Sitzung des Regionalrates am 22.06.2006

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit des Regionalrates
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Benennung eines Ratsmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
4. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Regionalrates am 23.03.2006
5. **Schwerpunktthema:** Großflächiger Einzelhandel im Regierungsbezirk Arnsberg
 - InformationVorlage 21/03/06
6. Demografische Entwicklung – Strategien und Maßnahmen im Regierungsbezirk
 - InformationVorlage 22/03/06
7. Entwurf des Gesundheitsorte-Gesetzes
 - InformationVorlage 23/03/06
8. Masterplan Emscherlandschaftspark 2010
 - InformationVorlage 24/03/06
9. EU Ziel 2-Förderung nach 2006
 - InformationVorlage 25/03/06
10. Jahresförderprogramm
 - Abwicklung 2005
 - Beratung 2006Vorlage 26/03/06
11. Stadterneuerungsprogramm
 - Abwicklung 2005
 - Beratung 2006Vorlage 27/03/06
12. Wohnungsbauprogramm
 - Abwicklung 2005
 - Beratung 2006Vorlage 28/03/06
13. Krankenhausinvestitionsprogramm 2007
 - BeratungVorlage 29/03/06
14. Regenerative Energien – Windkraft
Tischvorlage aus der letzten Sitzung
15. Landesstraßenbauprogramme 2006
 - Information und Beschluss über die Vorhabenliste für das Programm Kommunale VorfinanzierungVorlage 30/03/06

16. 20. Änderung des Regionalplanes, Teilabschnitt Oberbereich Dortmund – östlicher Teil (HSK/Soest) im Bereich der Gemeinde Anröchte – Erweiterung des Abgrabungsbereiches Klieve (Stübbenklei)
 - AufstellungsbeschlussVorlage 31/03/06
17. 24. Änderung des Regionalplanes, Regierungsbezirk Arnsberg, Teilabschnitt Oberbereich Dortmund - östlicher Teil – (Kreis Soest und Hochsauerlandkreis) - Neudarstellung von Bereichen für den Schutz Natur (BSN) im Hochsauerlandkreis
 - ErarbeitungsbeschlussVorlage 32/03/06
18. 23. Änderung des Regionalplanes Teilabschnitt Oberbereich Dortmund - östl. Teil (HSK/SO) im Bereich der Gemeinde Ense (LP V Darstellungen von BSN)
 - AufstellungsbeschlussVorlage 33/03/06
19. Mitteilungen
20. Anfragen

zu TOP 1: Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung des Regionalrates und stellt fest, dass hierzu ordnungsgemäß eingeladen wurde.

Er begrüßt **Frau Bürgermeisterin Leidemann** als Gastgeberin für die heutige Sitzung.

Darüber hinaus heißt er **Herrn Regierungspräsidenten Diegel** und die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung willkommen.

Als Referenten zum Schwerpunktthema begrüßt der Vorsitzende **Herrn Lehnerdt** von der BBE Unternehmensberatung GmbH Köln.

Anschließend richtet **Frau Leidemann** ein Grußwort an die Mitglieder des Regionalrates.

zu TOP 2: Auf Antrag der SPD Fraktion wird die Tagesordnung geändert. Unter TOP 19 wird das Thema „Kürzung der Regionalisierungsmittel für den SPNV“ vor den Mitteilungen (neu TOP 20) und Anfragen (neu TOP 21) behandelt.

zu TOP 3: Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird das Ratsmitglied **Herr Klaus Fehlemann** benannt.

zu TOP 4: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:
„Der Regionalrat genehmigt die vorgelegte Niederschrift über die Sitzung des Regionalrates am 23.03.2006.“

zu TOP 5: Die Folien zum Vortrag von Herrn Lehnerdt sind als Anlage II beigefügt.
Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen Anträge der SPD Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor (s. Anlage II).
Der Regionalrat lehnt bei **17 Ja-Stimmen** und **19 Nein-Stimmen** den Antrag der SPD Fraktion ab, den Beschlussvorschlag um den Satz „Der Regionalrat

fordert die Landesregierung auf, die entsprechenden planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Verankerung von REHK in Regionalplänen auf Landesebene zu schaffen.“ zu ergänzen.

Im übrigen fasst der Regionalrat **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

Der Regionalrat nimmt den Bericht zur Einzelhandelsentwicklung im Bezirk und zum Diskussionsstand der Novellierung der landesplanerischen Grundlagen zur Kenntnis.

Die Vorschläge der Bezirksregierung zur Weiterentwicklung regionaler Kooperationen werden unterstützt mit dem Ziel, für möglichst alle Teilräume des Regierungsbezirks Arnsberg Regionale Einzelhandelskonzepte zu entwickeln. Der Vorschlag, ein von allen Akteuren nutzbares gemeinsames System für ein Einzelhandelsmonitoring für den Gesamtbezirk zu entwickeln, wird begrüßt.

Allen Städten und Gemeinden wird dringend empfohlen, aktuelle Zentren- und Einzelhandelskonzepte aufzustellen und ihre Siedlungsentwicklung auf ein gestuftes System von zentralen Versorgungsbereichen und die demografische Entwicklung auszurichten. Diese Konzepte sind auf Grundlage der neuen landesplanerischen Vorgaben und soweit erforderlich in interkommunaler und regionaler Abstimmung zu entwickeln.

Der Regionalrat wird in zukünftigen Regionalplanverfahren bestehende oder zukünftige REHK im Rahmen der von ihm vorzunehmenden Abwägung berücksichtigen.

zu TOP 6: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:
„Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.“

zu TOP 7: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:
„Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.“

zu TOP 8: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:
„Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.“

zu TOP 9: Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen Anträge der SPD Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Vertreterinnen der Gleichstellungsstellen und der Regionalstelle Frau und Beruf vor (s. Anlage III).

Der Regionalrat beauftragt die Strukturkommission, diesen Tagesordnungspunkt in einer Sondersitzung zu beraten und stellvertretend für den Regionalrat einen Beschluss zu fassen.

Hinweis:

*Die Strukturkommission fasst in ihrer Sitzung am 18.07.2006 **einstimmig** folgenden Beschluss:*

Stellungnahme des Regionalrates im Regierungsbezirk Arnsberg zum Operationellen Programm der Landesregierung zur EU-Ziel-2-Förderung 2007 – 2013

Der Regionalrat Arnsberg begrüßt die Initiative der Landesregierung, zur Erstellung eines Operationellen Programms (OP) für den Einsatz der EU-

Strukturmittel in Nordrhein-Westfalen im Zeitraum von 2007 bis 2013 mit den Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpartnern und den Vertretern der Regionen in einen Dialog über die vom Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie vorgelegten Eckpunkte einzutreten. Als politischer Vertreter der im Regierungsbezirk Arnsberg zusammengefassten Regionen beteiligt sich der Regionalrat Arnsberg gerne mit den folgenden Hinweisen an diesem Dialog:

- 1. Der Regionalrat begrüßt die Abkehr von einer mikrogeographischen Abgrenzung der Fördergebiete, wenn die Landesregierung den besonderen strukturellen Problemen des Ruhrgebiets dadurch Rechnung trägt, dass die zukünftigen EFRE-Strukturfondsmittel in angemessenem Umfang auf diese Region konzentriert werden. Im Rahmen des OP muss allerdings weiter präzisiert werden, durch welche Maßgaben eine entsprechende Mittelkonzentration sichergestellt werden soll. Im Übrigen unterstützt der Regionalrat Arnsberg nachdrücklich die von der Bezirksregierung vertretene Auffassung zu einer engen Verzahnung von EFRE und ELER, ohne dass es zu einer Mittelverschiebung kommt.*
- 2. Eine Vergabe der Fördermittel auf Grund von Wettbewerben und Ausschreibungsverfahren kann geeignet sein, die Qualität der geförderten Vorhaben zu steigern. Dabei wird es notwendig sein, unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in den verschiedenen Regionen des Landes bei der Vergabeentscheidung Rechnung zu tragen. Insoweit bietet das Wettbewerbsverfahren gute Chancen, dass sich sowohl die strukturschwächeren, als auch die strukturstärkeren Regionen entwickeln. Das Konvergenzziel darf nicht ins Gegenteil verkehrt werden.*

Auf jeden Fall muss sichergestellt werden, dass die regionale Ebene bei der Entscheidungsfindung für oder gegen eine Förderung einbezogen wird. Hierbei macht es Sinn, an bereits bestehenden regionalen Entscheidungsstrukturen anzuknüpfen. Insbesondere sollten die Regionalräte an der Mittelvergabe beteiligt werden. Dadurch wird gleichzeitig der Intention der Regelung in § 9 Abs. 3 des Landesplanungsgesetzes Rechnung getragen.

- 3. Gegen eine Förderung, die sich auf der Grundlage einer regionalen Stärken-Schwächen-Analyse darauf konzentriert, bestehende Stärken weiterzuentwickeln und auszubauen, ist im Grundsatz nichts einzuwenden. Erfolgreiche Kompetenzschwerpunkte sind weiterzuentwickeln. Weitere Schwerpunkte können hinzukommen. Dies darf allerdings nicht zur Folge haben, dass die – im Sinne einer besonderen Konjunktur- und Arbeitsmarktstabilität wünschenswerte – Branchenvielfalt in multistrukturell aufgestellten Regionen, z.B. in Südwestfalen, beeinträchtigt wird, indem diese Regionen bei Fördermaßnahmen benachteiligt werden. Ebenso wenig darf eine entsprechende Mittelkonzentration dazu führen, dass wirtschaftlich schwächere Bereiche vollends „abgehängt“ werden.*
- 4. Dem Querschnittsziel „Schaffung gleicher Chancen von Frauen und Männern“ kommt angesichts der gesellschaftlichen Realitäten eine herausragende Bedeutung zu. Zur wirtschaftlichen Weiterentwicklung ist es unabdingbar, Frauen in qualifizierten Berufspositionen zu fördern, sei es als Gründerinnen, Berufsrückkehrerinnen, Auszubildende oder Frauen in Führungspositionen. Gerade in diesem Bereich müssen die Anstrengungen der vergangenen Jahre fortgeführt werden. Dazu gehört insbesondere die Integration der Aufgaben der Regionalstellen Frau und Beruf in das OP, wie dies im operationellen Ziel2 – Programm NRW 2000-2006 geschehen*

ist, um die weitere Förderung zu gewährleisten und zu finanzieren. Der Regionalrat erwartet, dass bestehende Strukturen der Regionalstellen Frau und Beruf so lange erhalten bleiben, bis ein nahtloser Übergang in neue Strukturen gesichert ist.

5. *Die Verwirklichung des Querschnittsziels „Dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung“ sollte im Rahmen des OP durch eine aktive Beschreibung und durch eine substantiierte Aufnahme dieses Ziels in die drei Programmschwerpunkte unterstützt werden. Die Programmumsetzung sollte auch insoweit durch ein Monitoring begleitet werden.*
6. *Zahlreiche Kommunen im Bereich des Regierungsbezirks Arnsbergs unterliegen mit Rücksicht auf ihre angespannte Finanzlage haushaltsrechtlichen Restriktionen. Daher begrüßt der Regionalrat die Möglichkeit, die Strukturfondsmittel durch private Dritte kofinanzieren. Darüber hinaus sollte mit Blick auf unrentierliche Infrastrukturprojekte, für die eine private Kofinanzierung kaum erreichbar sein wird, nach Wegen gesucht werden, kommunale Eigenanteile durch Sondermittel zu ersetzen.*
7. *Der Prozess der Mittelvergabe muss durch ein konstantes, landesweites Monitoring zur Effizienz und Erfolgskontrolle begleitet werden.*

zu TOP 10: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:
„Der Regionalrat nimmt die Abwicklung des Jahresförderprogramms 2005 zur Kenntnis und berät das Jahresförderprogramm 2006.“

zu TOP 11: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:
„Der Regionalrat nimmt die Abwicklung des Stadterneuerungsprogramms 2005 zur Kenntnis.

Der Regionalrat berät den Vorschlag für das Stadterneuerungsprogramm 2006. Er setzt gem. § 9 Abs. 3 LPIG Prioritäten zu den in der Anlage 1 fett gedruckten Fördermaßnahmen fest.“

zu TOP 12: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:
„Der Regionalrat nimmt die Abwicklung des Wohnungsbauprogrammes 2005 zur Kenntnis und berät das Wohnungsbauprogramm 2006.“

zu TOP 13: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:
„Der Regionalrat berät das Krankenhausinvestitionsprogramm 2007.“

zu TOP 14: Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein Antrag der SPD Fraktion vor (s. Anlage IV). Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen beantragt folgende Ergänzung des Beschlusses:

„Waldstandorte sollten unter Beachtung der Besonderheiten des Regierungsbezirks wieder zugelassen werden.“

Die SPD Fraktion zieht den Punkt 2 ihres Antrages zurück.

Der Regionalrat lehnt bei **9 Ja-Stimmen** und **einer Enthaltung** mehrheitlich den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen ab.

Im übrigen fasst der Regionalrat **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

1. Der Regionalrat Arnsberg stellt fest, dass um den Bau und die Unterhaltung von Windkraftanlagen im Bereich des Regierungsbezirks Arnsberg mittlerweile ein Wirtschaftszweig entstanden ist, der insbesondere im Bereich von Südwestfalen zahlreiche qualifizierte Arbeitsplätze bereitstellt.

2. Die Bezirksregierung wird weiter gebeten, die Gemeinden im Bereich des Regierungsbezirks über die Chancen des Repowering zu informieren und sie bei der Schaffung der insoweit erforderlichen planerischen Voraussetzungen zu unterstützen.

Zu TOP 15: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

1. Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis
2. Der Regionalrat beschließt die Vorhabenliste mit den lfd. Nr. 1-4 für das Programm Kommunale Vorfinanzierung 2006

Zu TOP 16: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

1. Der Regionalrat nimmt den Bericht über das Erarbeitungsverfahren zur 20. Änderung des Regionalplans, Teilabschnitt Oberbereich Dortmund – östlicher Teil (Kreis Soest und Hochsauerlandkreis) in der Gemeinde Anröchte zur Kenntnis.
2. Die 20. Änderung des Regionalplans, Teilabschnitt Oberbereich Dortmund – östlicher Teil (Kreis Soest und Hochsauerlandkreis) in der Gemeinde Anröchte wird entsprechend der Anlage 1 der Vorlage 33/03/05 geändert.

Zu TOP 17: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

1. Die 24. Änderung des Regionalplanes, Teilabschnitt Oberbereich Dortmund - östlicher Teil – (Kreis Soest und Hochsauerlandkreis) im Hochsauerlandkreis wird entsprechend den Anlagen 1 und 2 erarbeitet.
2. Im Änderungsverfahren werden die in der Anlage 3 unter den Nummern 1 bis 83 aufgeführten Behörden und Stellen beteiligt.
3. Die Frist, innerhalb derer Bedenken und Anregungen vorgebracht werden können, wird auf 3 Monate festgesetzt.
4. Der Öffentlichkeit wird Gelegenheit gegeben, innerhalb von 2 Monaten zu dieser Änderung des Regionalplanes bei der Bezirksplanungsbehörde Stellung zu nehmen.

zu TOP 18: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

1. Der Regionalrat nimmt den Bericht über das Erarbeitungsverfahren zur 23. Änderung des Regionalplanes, Teilabschnitt Oberbereich Dortmund - östlicher Teil – (Kreis Soest und Hochsauerlandkreis) im Kreis Soest zur Kenntnis.
2. Die 23. Änderung des Regionalplanes, Teilabschnitt Oberbereich Dortmund - östlicher Teil – (Kreis Soest und Hochsauerlandkreis) im Kreis Soest wird entsprechend der Anlage 1 der Vorlage 17/02/06 geändert.

zu TOP 19: Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein Antrag der SPD Fraktion vor (s. Anlage V).

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt die Resolution um den Punkt 6 zu ergänzen. Der Punkt 6 soll folgenden Wortlaut haben:

6. Zuvor müssen in einem geordnetem Verfahren die Aufgaben erfasst, eine Aufgabenkritik und eine Effizienzanalyse mit dem Ziel, den öffentlichen Personennahverkehr auch in der Fläche zu gewährleisten, durchgeführt werden.

Der Regionalrat lehnt bei **4 Ja-Stimmen** den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **mehrheitlich** ab.

Der Regionalrat fasst bei **5 Enthaltungen mehrheitlich** folgenden **Beschluss**:

Der Regionalrat beschließt folgende Resolution:

1. Der Regionalrat Arnsberg fordert die Landesregierung auf, den dem Land NRW zustehenden Teil der Mehreinnahmen aus der bevorstehenden Mehrwertsteuererhöhung in angemessenem Umfang für die Nutzung des Schienenpersonennahverkehrs einzusetzen.
2. Der Regionalrat Arnsberg fordert die Landesregierung auf, sich bei der nächsten Revision der Regionalisierungsmittel um eine Neuverteilung der Mittel unter den Bundesländern zu bemühen, die der Größe des bevölkerungsreichsten Bundeslandes gerecht wird.
3. Der Regionalrat Arnsberg fordert die Landesregierung und die Zweckverbände auf, den jährlichen Finanzierungsplan durch einen SPNV-Finanzierungsvertrag zu ersetzen, um den Zweckverbänden Planungssicherheit für die nächsten Jahre zu verschaffen.
4. Der Regionalrat Arnsberg erwartet eine klare Aussage der Landesregierung und der Zweckverbände, dass die Schienenverbindungen des ländlichen Raumes und der Ballungsrandbereiche ein Teil der infrastrukturellen Grundausstattung sind und ein wichtiges Element der Daseinsvorsorge für die Menschen, die außerhalb der Verdichtungsräume wohnen und arbeiten.
5. Der Regionalrat fordert die Zweckverbände auf, sich im Interesse einer effektiven Struktur weiter zu modernisieren und so ihre Effizienz weiter zu erhöhen.

zu TOP 20: Es wurden diverse Mitteilungen zugesandt bzw. verteilt.

Herr Liedmann kündigt an, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine rechtliche Prüfung der Hinweise in der Genehmigung bezüglich "Kattensiepen" vornehmen werde, um zu klären, ob sich aus der Genehmigung Erweiterungen rechtlicher Art ergeben, die der Regionalrat evtl. durch entsprechende Beschlüsse noch nachvollziehen muss. Der Vorsitzende bittet die Verwaltung, ihrerseits eine rechtliche Bewertung vorzunehmen und über das Ergebnis in der nächsten Sitzung der Planungskommission zu berichten. **Herr Regierungspräsident Diegel** informiert über ein Schreiben der CDU Fraktion der Stadt Rütten zu der Genehmigung „Kattensiepen“.

Herr Pendzich regt an, die Folgen der Novellierung des LPIG und des RVR-Gesetzes in die Tagesordnung für die nächste Regionalratssitzung aufzunehmen. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass Herr Staatssekretär Palmer in der Sitzung der Strukturkommission im September zu dem Thema Verwaltungsstrukturreform eingeladen ist und dort hinreichend Gelegenheit zur Information und Diskussion ist. **Herr Pendzich** und **Frau Weiß** bitten die Verwaltung, über die Auswirkungen der Umsetzung der Verwaltungsstrukturreform auf die Behörde und den Regionalrat zu berichten.

zu TOP 21: **Frau Weiß** nimmt Bezug auf die Presseberichterstattung zu den Gewässerunreinigungen der Ruhr und Möhne durch Perfluorierte Tenside (PFT) und fragt an, woher die Schadstoffe kommen, ob es Bodenproben von den Flächen gibt, die mit den Schadstoffen gedüngt wurden, und ob der Boden abgetragen werden muss. Darüber hinaus möchte sie wissen, inwiefern sich die

Schadstoffe bei der Milchviehhaltung als Giftstoffe wieder finden und ob diese in die Produkte gelangen können. Nach Auskunft von **Herrn Eickhoff** liegen noch keine Ergebnisse der entsprechenden Untersuchungen vor. Er sagt zu, dem Regionalrat zu einem späteren Zeitpunkt zu dem Thema ausführlich zu berichten. **Herr Regierungspräsident Diegel** weist darauf hin, dass die Werte nach den bisherigen Erkenntnissen die kritische Grenze der Verträglichkeit für den Menschen nicht überschreiten.

Herr Brunsmeier bittet die Verwaltung, die Auswirkungen der angekündigten Kürzungen der EU-Mittel auf den Regierungsbezirk Arnsberg darzustellen. (s. Anlage VI)

Herr Eickhoff informiert über den Entwurf eines Schreibens an das Verkehrsministerium zum Thema IGVP und Landesstraßenausbauplan, das die Verwaltung auf Bitte der Verkehrskommission gefertigt hat. Der Regionalrat stimmt dem Vorschlag der Verwaltung einstimmig zu.

Frau Beuermann fragt an, ob die Sonderöffnungen an dem spielfreien Sonntag während der Fußballweltmeisterschaft (2. Juli) rechtens sind oder ob die nach § 14 Ladenschlussgesetz von der Bezirksregierung erlassenen Verfügung umgangen wird. Darüber hinaus möchte sie wissen, in wie vielen Kommunen im Regierungsbezirk die Geschäfte an diesem Tag geöffnet werden sollen. **Herr Milk** berichtet, dass bisher bei der Bezirksregierung keine Erkenntnisse vorliegen, dass die Ladenschlusszeiten im Bezirk nicht eingehalten werden. Er weist darauf hin, dass diese Thematik Gegenstand kontroverser Gerichtsentscheidungen ist. Diese betreffen allerdings nicht den Regierungsbezirk Arnsberg.

Der Vorsitzende beendet die Sitzung um 12.30 Uhr.

.....
Droege, Vorsitzender

.....
Fehlemann, Ratsmitglied

.....
Wenner, Schriftführerin